

**Informationspflichten bei einer Erhebung von Daten
bei der betroffenen Person
gem. Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)**

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit	
	Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit Beschwerden über Kitas oder GBS-Einrichtungen („Ganztägige Betreuung und Bildung an Schulen“)
2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen	
	<p>Verantwortlich für die Datenerhebung ist:</p> <p>Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales Familie und Integration (Sozialbehörde) vertreten durch den Präses Amt für Familie Leitung, FS 3 Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg Tel. 040/42863-0 (Zentrale) E-Mail: vz-gzfs@soziales.hamburg.de</p>
3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	
	<p>Dienstliche Anschrift und E-Mail-Adresse der/des Datenschutzbeauftragten:</p> <p>Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales Familie und Integration (Sozialbehörde) und des LEB Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg Tel. 040/42863-0 (Zentrale) E-Mail: datenschutz@soziales.hamburg.de</p>
4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung	
4 a	<p>Zwecke der Verarbeitung:</p> <p>Ihre Daten werden erhoben, um Ihrer Beschwerde nachgehen zu können. Wir überprüfen, ob das Kindeswohl in der Einrichtung gewährleistet ist, und ob die Genehmigungsvoraussetzungen für die Betriebserlaubnis gem. § 45 SGB VIII noch gegeben sind. Dazu müssen wir die von Ihnen</p>

	<p>mitgeteilten Sachverhalte speichern und dem Träger der Einrichtung zur Kenntnis geben. Wir benötigen Ihre Kontaktdaten außerdem für mögliche Rückfragen und um Ihnen eine Abschlussmitteilung geben zu können.</p> <p>Die Weitergabe Ihrer Daten beschränkt sich auf das erforderliche Maß, welches zur Bearbeitung Ihrer Beschwerde notwendig ist. Lediglich bei Beschwerden, die ohne Nennung Ihres oder des Namens Ihres Kindes nicht bearbeitet werden können, geben wir diese Daten weiter. Beschwerden zu allgemeinen Missständen in Einrichtungen werden grundsätzlich in anonymisierter Form weitergegeben</p> <p>Hinweis: Auch wenn wir Ihre Daten anonymisiert weiterleiten, können Träger möglicherweise anhand des geschilderten Sachverhalts Rückschlüsse auf Ihre Person ziehen.</p>
4 b	<p>Rechtsgrundlagen der Verarbeitung:</p> <p>Ihre Daten werden auf Grundlage von</p> <p>Art 6 Abs. 1 lit e und Art 9 Abs. 2 lit b DS-GVO i.V.m. §§ 35 SGB I, 61 ff. SGB VIII und 67 ff SGB X und §§ 45 bis 48, 8a und 72a SGB VIII</p> <p>verarbeitet.</p>
5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten	
	<p>Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an:</p> <ul style="list-style-type: none"> • unsere Registratur, damit der Vorgang archiviert werden kann, • Dataport AöR als Auftragsverarbeiter gem. Art. 28 DS-GVO, also an unseren IT-Dienstleister, über dessen Geeignetheit zur Verarbeitung Ihrer Daten im Einklang mit den Vorschriften der DS-GVO wir uns überzeugt haben, • ggfs. Träger der Einrichtung, um zu der Beschwerde Stellung nehmen zu können, • ggfs. das Landeskriminalamt (LKA), falls sich aus der Beschwerde so schwerwiegende strafrechtlich relevante Tatbestände ergeben, dass wir eine Strafanzeige stellen müssen, • ggfs. Staatsanwaltschaft, falls es zu einem Strafverfahren kommt.
6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland	

	Es ist nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland weiterzugeben.
7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten	
	Ihre Daten werden nach Abschluss des Vorgangs für 30 Jahre gespeichert.
8. Betroffenenrechte	
	<p>Nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) stehen Ihnen folgende Rechte zu:</p> <p>Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DS-GVO).</p> <p>Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DS-GVO).</p> <p>Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DS-GVO).</p> <p>Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DS-GVO).</p> <p>Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.</p> <p>Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit.</p>
9. Widerrufsrecht bei Einwilligung	
	<p>Wenn Sie in die Verarbeitung durch die Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales Familie und Integration (Sozialbehörde) durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen.</p> <p>Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.</p>